

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Frachtkosten. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Verfertigungseinrichtungen) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 RM. Alles weitere über Nachschlag u. w. laut ausliegender Anzeigenpreisliste 3. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachschlagsanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeindebehörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.

Hauptredaktion: Georg Rühle, Ottendorf-Okrilla — Vertreter: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla — Verantwortlich für Anzeigen u. Bilder: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla
Postfachkonto: Leipzig 29148. Druck und Verlag: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 136.

Nummer 138

Vertrauf: 231

Freitag, den 22. November 1935

DR. 10.35351

34. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Öffentliche Erinnerung z. Steuerzahlung.

An die zum 15. November 1935 fällig gewesene Vermögenssteuerzahlung wird öffentlich erinnert. Nach §§ 1, 2 des Steuerfahndungsgesetzes vom 24. 12. 1934 ist bei nicht rechtzeitiger Entrichtung der Steuerzahlung mit dem Ablauf des Fälligkeitstages ein Säumniszuschlag in Höhe von 2 v. H. des Steuerbetrages verurteilt. Bisher nicht entrichtete Beträge werden nebst Säumniszuschlag vom 22. November 1935 ab durch Zwangsvollstreckung eingehoben. Soweit die Schuldner es zu einer weiteren Abmahnung kommen lassen, sind sie in die wiederholt angeforderte Liste der säumnigen Steuerzahler aufzunehmen.

Finanzamt Radeberg, am 21. November 1935.

Örtliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 21. November 1935.

Die Beratung des Bürgermeisters mit den Gemeinderäten am 15. d. Mts. war von besonderer Bedeutung. In feierlicher Form verpflichtete der Bürgermeister die auf 6 Jahre berufenen Gemeinderäte und vereidigte sie auf den Führer. In sachlicher Arbeit wurden hierauf folgende Angelegenheiten einer eingehenden Beratung unterzogen, worauf der Bürgermeister seine Entschlüsse in Uebereinstimmung mit der Meinung der Gemeinderäte fasste. Zu den Aufwendungen für die unterstützende Fürsorge wurden für die Monate Oktober und November Sonderbeiträge in Höhe von 2200 und 2600 RM erlangt. Am 1. 11. 1935 waren 26 Kleinrentner und 99 Sozialrentner, 126 Wohlfahrtsrentner und 64 sonstige Hilfsbedürftige zu unterstützen. In der Fürsorge des Arbeitsamtes standen 64 Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und 55 von Rentenunterstützung. Ein Klassenzimmer der neuen Schule wurde mit neuen Bänken ausgestattet, die Beleuchtungsanlage in 2 Klassenzimmern ausgebaut. Zu den Kosten von 1186 RM gewährte das Ministerium für Volksbildung eine Beihilfe von 400 RM. Zur Erbauung eines Staatsbeamtenwohnhauses bewährte das Finanzministerium im Jahre 1926 ein Arbeitsgeberdarlehen von 26 000 RM auf 10 Jahre, welches jetzt bis auf 22 736 RM getilgt ist. Das Finanzministerium verlängert auf Wunsch die Rückzahlungsfrist bis 30. 6. 1937 mit Maßgabe, daß bis 30. 6. 1936 7578 RM zurückzahlen sind. Aus vorstehend gemachten Rücklagen können voraussichtlich am 1. 1. 1936 3000 RM und am 30. 6. 1936 weitere 2000 RM getilgt werden. Diese Maßnahmen des Bürgermeisters fanden die Billigung der Gemeinderäte. Für den Rathausweiterbau wurde eine eingehende Abrechnung erstattet. Erfreulich ist dabei, daß die veranschlagten Kosten im allgemeinen eingehalten werden konnten. Soweit in einigen Fällen unvermeidliche und unvorhergesehene Ueberschreitungen vorliegen, konnten diese durch Ersparnisse bei anderen Kapiteln ausgeglichen werden. Die Gesamtkosten von 62 207,74 RM verteilen sich mit 47 155,81 RM auf den Neubau, mit 8472,58 RM auf den Altbau einschl. Katschlerwirtschaft, 4947,92 RM auf Anwesen, 1518,43 RM auf die Fernsprechanlage und 113 RM auf Sonstiges. Das Ministerium des Innern genehmigte die Entnahme von 25 000 RM aus der Betriebsrücklage der Girokasse und verfügte, daß die Girokasse entsprechend ihrer Beteiligung an den Bauleisten Mittelgüterin des Rathauses werde. Da die Betriebsrücklage zum guten Teile durch die in früheren Jahren gewährten Gemeindezuschüsse gebildet wurde, die in Wirklichkeit weit höher waren als die jetzige Entnahme, erscheint ein Mittelgüterin der Girokasse ohne innere Berechtigung. Da auch die Aufkündigung des Grundstücksanteiles an die Girokasse Kosten verursachen würde, billigte man die vom Bürgermeister unternommenen Schritte, die eine bedingungslose Genehmigung der Entnahme erstreben. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl der Gemeinde trotz der durchgeführten umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch über dem Reichsdurchschnitt liegt, besteht Aussicht, daß 2 weitere größere Notstandarbeiten noch ausgeführt werden können. Es handelt sich dabei um die Regelung der kleinen Räder von der Wassermühle bis zur Rühnschen Mühle mit 14 000 Tagewerken und 125 000 RM. Kosten und den Ausbau der Orla von ihrer Einmündung in die Kleine Räder bis 1200 m nachaufwärts mit 3000 Tagewerken und 30 000 RM. Kosten. Die Gemeinde würde je Tagewerk 5 RM. als Grundförderung, 0,60 RM. als Staatszuschuß und einen Reichszu-

schuß zur Erfüllung der Reiskosten erhalten. Auch in dieser wichtigen Frage geben Gemeinderäte und Bürgermeister in ihrer Anschauung überein, sodaß die Entschlebung des Bürgermeisters auf Ausführung der Arbeiten lautete, wenn die Finanzierung in der erwähnten Art möglich wird.

— Vorauszahlungen: Auf die im amtlichen Teil erscheinende Aufforderung zu Steuervorauszahlungen wird aufmerksam gemacht.

Ergebnisse vom letzten Eintopffsonntag

Am letzten Eintopffsonntag wurden in Dresden-Stadt und Land 81 430 RM gelammelt. Dieses Ergebnis übertreft dasjenige des Vormonats und auch des Vorjahresmonats. Im Kreis Pirna kamen 13 312 RM zusammen, 1153 RM mehr als im November 1934, im Kreis Böhla 8472 RM (800 RM mehr), im Kreis Bauhen 9672, in Radebeul 3650, in Freiberg 3229 (155 RM mehr als im Vormonat), in Waldheim 1385, in Riesa 1200 gegen 1190 RM im Oktober, in Döberitz 892 (80 RM mehr als im Oktober), in Hainichen 823 und in Riesa 741 RM.

Der Arbeitsvorrat in Sachsen

Ende Oktober wurden in Sachsen 8642 Notstandsarbeiter beschäftigt. Die Zahl der laufenden Maßnahmen betrug 329. Der Arbeitsvorrat, der in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken aus Grund der Anerkennung vorhanden war, belief sich am 31. Oktober auf 2 234 875 Tagewerte.

Wieder fünf tödliche Unfälle

In Neubrodwitz bei Weinböhla wurden bei Ausdachtungsarbeiten an einem Schleusen Graben, der bereits eine Tiefe von zwei Meter erreicht hatte, der siebenundzwanzigjährige Arbeiter Arthur Hermann erschlagen. Der Verunglückte trug einen Schädelsbruch davon, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Der verantwortliche Bauunternehmer wurde wegen Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften vorläufig festgenommen; der auszusachtende Graben war nicht abgeschalt worden. In der Bahnhofstraße in Riesa wurde beim Ueberfahren der Fußbahn der Gezeite Schneider vom Pionierbatalion von einem Personentruckwagen erfasst und überfahren; der Verunglückte starb kurze Zeit später.

In Markranstädt stieß eine Radfahrerin, die neunundzwanzig Jahre alte Elsa Henrichel, mit einem Kraftfahrzeug zusammen; sie erlitt einen Schädelsbruch und starb im Krankenhaus.

In Herold (Erzg.) wurde der zwanzigjährige Arbeiter Unger nachts von einem Kraftwagen angefahren, eine Straße mitgeschleift und tödlich verlegt. Der Fahrer flüchtete nach dem Unfall, konnte aber am anderen Tag ermittelt und festgenommen werden. Nach den bisherigen Feststellungen befand sich der Fahrer, der Karl Schauer aus Thum, zur Zeit des Unfalls in angeordnetem Zustand. Um seine Schuld zu verbergen, war er kurz nach dem Unglück zum Unfallort gekommen und hatte auf den rücksichtslosen Fahrer geschimpft; er setzte sich auch mit der Polizei in Verbindung und erklärte, er sei in der vergangenen Nacht mit seinem Wagen überfallen und mit Steinen beworfen worden. Dadurch hatte er sich aber besonders verdächtig gemacht und seine Schuld konnte ihm bald nachgewiesen werden.

Am sogenannten Hundteufel in Großenhennersdorf in der Oberlausitz war ein Einwohner aus Oberküllersdorf auf seinem Kraftwagen mit einem Radfahrer zusammengestoßen. Beide waren schwerverletzt ins Jittauer Stadtkrankenhaus eingeliefert worden, wo der Kraftfahrer jetzt gestorben ist.

Bauhen. 100 000 Tagewerte in Aussicht. Im Bezirksamt Bauhen teilte Amtshauptmann Dr. Sievert mit, daß im Bezirk Bauhen (außer der Stadt Bauhen) bisher 14 045 Ehrenkreuze des Weltkrieges verliehen worden sind. Im Oktober habe sich der Stand der Erwerbslosigkeit im Bezirk trotz Beendigung vieler Außenarbeiten so gut wie nicht verändert. In Vorbereitung befinden sich 4000 Tagewerte Notstandsarbeit für Schlammung von Feuerlöschgeräten und 15 000 Tagewerte für Steinschlag; außerdem habe der Bezirk über 67 000 Tagewerte für die notleidenden Gemeinden beantragt, die ohne Belastung der Gemeinden durchgeführt werden. Der Bezirk werde dem Zweckverband Sächsische Gemeindebehörden zur Schulung der Gemeindebeamten und Anwärter beitreten.

Edbau. Reichsfeuerwehrgesetz. Die Herbstversammlung der Leiter der im Bezirksverband Edbau vereinigten Feuerwehren der Amtshauptmannschaft war von dreihundertachtzig Wehren besucht. Verbandsvorsitzender Domsch empfahl den Wehren, sich mit den Schaumlöschergeräten bekanntzumachen, die in der letzten Zeit stark vervollständigt worden seien. Das in Vorbereitung befindliche Reichsfeuerwehrgesetz, das nicht vor dem 1. April 1936 in Kraft trete, sehe die Ausbildung jedes Mannes an allen Geräten vor. Die neue Fassung der Satzung der Feuerwehrbegründungskasse sei annehmbar worden und trete am 1. Januar 1936 in Kraft.

Jittau. Landwirtschafts-Ausstellung. Im „Lindenhof“ fand die feierliche Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung „Der Weg in die Freiheit“ statt. Die wertvolle Schau mit ihren vielen Kojen mit statistischem und Bildmaterial soll in erster Linie aufklärend wirken und die Verbundenheit zwischen Stadt und Land fördern.

Bad Schandau. Die Maler tagten. Auf der Ostauer Scheibe fand eine Arbeitstagung des Deutschen Malerhandwerks statt, an der die Bezirksinnungsmeister aus dem ganzen Reich teilnahmen. Reichsinnungsmeister von der Heide sprach über die Bedeutung des Handwerkerberufes im neuen Staat. Die Lehrlinge des Malerhandwerks müßten durch richtige Meister ausgebildet werden und sich zuvor einer Eignungsprüfung unterziehen; nach vierjähriger Lehrzeit erfolge die Gesellenprüfung. Für die Gesellen des Malerhandwerks gebe es fünf Meisterausbildungsschulen in Deutschland, und zwar in München, Köln, Ultona, Weimar und Berlin. Jeder Malermeister müsse befähigt sein, einen jungen Lehrling zu einem tüchtigen Handwerker und Staatsbürger zu erziehen.

Tharandt. Nur ein Tag in Freiheit. Der Straf- und Schubhaftgefangene Mag. Parentin aus Tharandt war aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis geflüchtet. Umfangreiche Fahndungsmaßnahmen der Gendarmrie und Polizei mit SA führten zu keinem Erfolg. Am nächsten Tag verhaftet, sah Parentin in den Wäldern bei Braunsdorf geflohen worden sei. Nach stundenlangen ergebnislosen Streifen gelang es dem Justizwachtmeister Rothliger, Parentin zu Rade zu verfolgen und auf einem Feldrain in der Nähe von Oberhermsdorf zu stellen. Parentin bewaffnete sich mit seiner Fahrradpumpe und nahm gegen den unbewaffneten Justizbeamten eine drohende Haltung ein; diesem glückte jedoch die Festnahme und die Fesselung.

Chemnitz. Die Altendorfer Saalschlacht. Zur Erinnerung an die Veramtlung, in der vor zehn Jahren nach einer Rede von Dr. Goebbels in der hiesigen Gaststätte „Wormpalast“ die Kommunisten auf die nationalsozialistischen Veramtlungsteilnehmer einen feigen Ueberfall unternahmen und Stühle und Gläser blindlings in den Saal hinunterwarfen, so daß es zahlreiche Verletzte gab, veranstaltete die Ortsgruppe Chemnitz-Altendorf einen Gedenkabend in dem gleichen Saal. An der Feier nahmen außer Innenminister Dr. Frisch und SA-Gruppenführer Schepmann Vertreter der Wehrmacht und der Behörden sowie zahlreiche Parteimitglieder teil, die jetzt nicht mehr in Chemnitz wohnen. Innenminister Dr. Frisch überbrachte die Grüße des Gauleiters und Reichsstatthalters Mutziggan. Er wies darauf hin, daß auch heute noch die alten Kämpfer wie vor zehn und zwölf Jahren die getreuen SA-Männer Adolf Hitlers seien. Es werde stets ihre Parole sein, zusammenzuhalten und einzustehen für einander nach dem Grundsatz: Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen.

Mittweida. Selbstmord durch Selbstschußanlage. Der zweiunddreißig Jahre alte Kurt Tirschmann wurde in seiner Bodenlampe mit einer eigenartigen Verletzung in der Herzgegend tot aufgefunden. Da bei der Leiche kein Werkzeug, durch das die tödliche Verletzung beigebracht worden sein konnte, vorgefunden wurde, entstand Verdacht. Es konnte aber festgestellt werden, daß Tirschmann sich mit einer von ihm gebauten Einrichtung in selbstmörderischer Absicht einen Schuß ins Herz beigebracht hatte. Grund zu dem Selbstmord ist langjährige Krankheit. Tirschmann hatte schon seit längerer Zeit Selbstmordgedanken geäußert. Die Schußvorrichtung hatte ein Angehöriger Tirschmanns beigebracht, weil er glaubte, dadurch Tod durch Blutsurz vorzubeugen zu können; er habe angenommen, auf Selbstmord würde kein Sterbegebid ausgezahlt.

Opfer
für das tägliche Brot
unserer Grundbesitzer
und Volksgenossen!

